

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Singapur: Eine Niederlage des Westens

Mit mehrjähriger Verspätung ist es nun doch zur Umwandlung der britischen Kolonie Singapur in einen sich selbst verwaltenden Stadtstaat gekommen, aber wieviel hätte man sich ersparen können, wenn man 1956 den Wünschen des damaligen labouristischen Regierungschefs *David Marshall* nachgegeben hätte! Damals bestand gute Aussicht darauf, daß die von ihm geführte Partei die Wahlen gewinnen würde, aber in London hat man nicht gewagt, auch die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit der Regierung von Singapur zu übertragen. Daran sind die Verhandlungen gescheitert, Marshall ist zurückgetreten, es kam zu Zerwürfnissen und Spaltungen innerhalb der Labourgruppe; *Lim Yew-hock*, der neue Regierungschef, ein Sozialist, wie die große Mehrheit der 1,5 Mill. Bewohner Singapurs ein Chinese, versuchte, die Situation zu retten, was ihm einige Zeit auch gelang. Dann brachten die Wahlen in die Gemeindevertretung einen großen Sieg der *People's Action Party*, die kommunistischer Neigungen beschuldigt wurde, und damit war klar, daß sie auch die Parlamentswahlen — es handelt sich um die gleiche Wählerschaft bei beiden Körperschaften — gewinnen würde. Versuche, eine Einheitsfront gegen sie zu bilden, schlugen fehl, und nun hat sie tatsächlich die Macht übernommen, nachdem der Gouverneur ihre Forderung erfüllen mußte, daß einige wegen kommunistische¹ Betätigung internierte Funktionäre der Partei freigelassen werden. Die von dem 36jährigen Chinesen *Lee Kuan-yew* geführte Partei hat 43 der 51 Parlamentssitze erobert, und ihr Führer hat eine Regierung gebildet, die in allen Dingen autonom ist, mit Ausnahme von Außenpolitik und Verteidigung; das bleibt vorläufig noch in britischen Händen. Aber der britische Gouverneur verschwindet nach einer Übergangsperiode und muß einem Malaien Platz machen, der als Staatsoberhaupt, nominell als Statthalter der englischen Königin, amtieren wird. Wie schon sooft vorher, machen die Engländer dabei gute Miene zum bösen Spiel. Hätten sie das Verhältniswahlrecht statt des britischen Systems eingeführt, wäre übrigens der Sieg einer Partei, der man allgemein mißtraut, nicht so kräftig ausgefallen.

Lee Kuan-yew beteuert, daß er kein Kommunist ist, und, soweit man das auf die Entfernung beurteilen kann, ist das auch nicht der Fall. Was aber nicht so sicher ist, ist die Antwort auf die Frage, ob er und seine Partei nicht wie so viele andere Nichtkommunisten — man denke nur an *Kassem* im Irak, der es viel weiter zum Kommunismus hat als der Wahlsieger von

Singapur — gegebenenfalls bereit sind, mit dem Kommunismus zu kokettieren, wenn sie glauben, dadurch ihre Verhandlungsposition zu stärken. Nominell hat die Regierung Singapurs keinerlei Einfluß auf den britischen Flottenstützpunkt, der für das ganze westliche Verteidigungssystem von lebenswichtiger Bedeutung und überdies der wichtigste Arbeitgeber in Stadt und Hafen ist, die ganz auf die Tatsache, Militärbasis und Umschlagsplatz zugleich zu sein, angewiesen sind. Aber wenn sich das Verhältnis zwischen London und den neuen Herrschern von Singapur verschärfen sollte, haben diese neben der Drohung, sich dem Kommunismus in die Arme zu werfen, noch die naheliegende Möglichkeit, die Bevölkerung nach bewährten Mustern gegen den Bestand des Flottenstützpunkts aufzuhetzen (ein Vorwand findet sich da leicht). Daß *Lee Kuan-yew* das Hemd, nämlich die volle Beherrschung seiner Stadt, näher ist als der Rock, nämlich die Erhaltung der Freiheit in der Welt, die allein eine Ersetzung des Kolonialismus durch ein besseres System ermöglicht, wird kaum zweifelhaft sein. Und gegen eine feindselig eingestellte Bevölkerung kann sich auf die Dauer keine militärische Basis halten.

Singapur ist eine Insel, die durch einen künstlichen Damm mit dem malaiischen Festland verbunden ist. Anschluß an Malaya, das seit zwei Jahren ein selbständiger Staat ist, schiene das Natürliche für eine Stadt, die sich selbst kaum erhalten kann. Es ist auch das Ziel der Aktionspartei. Aber in Malaya sind sehr konservative Kräfte an der Regierung, die von einem Anschluß Singapurs das Entstehen einer chinesischen Mehrheit in ihrem jetzt mehrheitlich malaiischen Land fürchten und überdies in jedem Chinesen, zu Recht oder zu Unrecht, einen Agenten des kommunistischen China sehen. Wahrscheinlich ist es so, daß sie sich des jetzt weitverbreiteten Antikommunismus bedienen, um ihre Unlust zur Anpassung der patriarchalischen Verhältnisse in Malaya an moderne Bedingungen zu bemänteln. Jedenfalls dürfte der Sieg der Aktionspartei in Singapur die reformfeindlichen Tendenzen in Malaya nur stärken, was auch eine weitere unerfreuliche Auswirkung ist. (Die dem IBFG angeschlossene Gewerkschaftszentrale in Singapur zählt — bei einer Einwohnerschaft von 1,5 Millionen — 55 000 Mitglieder, die malaiische Zentrale 92 000 Mitglieder bei einer Einwohnerzahl von etwa sechs Millionen.)

Wird Singapur wenigstens als eine Warnung für die Zukunft wirken, daß nur die rasche Liquidierung der Reste des Kolonialismus und die volle Unterstützung echter demokratischer Bewegungen in den Kolonien den Westen vor weiteren unangenehmen Überraschungen bewahren können? Die von Singapur hätte mit ein wenig Großzügigkeit und Voraussicht leicht vermieden werden können!

Dr. J. W. Brügel (London)

Abbau des Nationalismus

Der *Deutschen Zeitung* (Nr. 56) entnehmen wir die folgende beachtenswerte Betrachtung:

„Ganz zaghaft deutet sich jenes Ende der nationalistischen Epoche an, von dem auf europäischen Kongressen so häufig die Rede ist. *Carlo Schmid* erregte zwar mit seiner Bemerkung, daß ‚nur ein Irrer‘ an die Rückführung der Sudetengebiete ins deutsche Staatsgebiet glauben könne, den Unwillen der Vertriebenenverbände. Möglicherweise war die überspitzte Formulierung auch seinen Chancen bei der Bundespräsidentenwahl abträglich; aber es verdient festgehalten zu werden, daß ein deutscher Politiker heute die Ostgrenzen anerkennen kann, ohne den Rest seines Lebens verfermt am Schandpfahl verbringen zu müssen. Nur ist solch eine Bescheidung dann wenig folgenreich, wenn die andere Seite fortfährt, ihren Nationalismus zu pflegen. Doch auch hier sind erste Anzeichen für eine Besserung zu registrieren. In Berlin hielt der ehemalige polnische Generalkonsul in Amsterdam, Prof. *Stefan Lubensky*, einen Vortrag vor der Anthroposophischen Gesellschaft. Er bedauerte darin die Entwicklung, die Polen genötigt habe, seine Ostgebiete zu opfern und sich nach Westen auszudehnen. Er empfahl, die Oder-Neiße-Grenze ‚in ehrlicher und vor allem rechtlicher Zusammenarbeit gleichberechtigter Völker zum Verschwinden zu bringen‘. Es ist in der Tat nicht einzusehen, warum nicht auch an der deutschen Ostgrenze das möglich sein soll, was an der Westgrenze möglich war. Die beiden Professoren haben ihr Scherflein dazu beigetragen, daß eines Tages auch die ‚Erbfeindschaft‘ mit den Polen und Tschechen genauso begraben wird wie die mit den Franzosen.“

In diesem Zusammenhang ist auch ein Aufsatz interessant, den Dr. *Wladyslaw Sliwka-Szczerbic* in der Halbmonatsschrift *Stimme der Gemeinde* (Heft 12) über die Westgrenze Polens veröffentlicht. Der polnische Autor erklärt, weshalb Polen sich für die allgemeine Entspannung und die Liquidierung des kalten Krieges und für die Schaffung der atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa einsetze und schreibt dann abschließend:

„Es ist charakteristisch, daß alle diese Initiativen in Bonn nur eine einzige Antwort ausgelöst haben: Nein, nein, nein! Es ist bedauerlich und sehr symptomatisch, daß die westdeutsche Regierung selbst keinen konstruktiven Gegenvorschlag gemacht hat. Sollte diese konsequente Negation wirklich als einzige Antwort von Bonn aus gelten? Wie bekannt, hat die polnische Regierung ihr Einverständnis erklärt, an der Außenministerkonferenz und an der Konferenz auf höchster

Ebene, die die Fragen des Friedensvertrages mit Deutschland und der europäischen Sicherheit behandeln sollen, teilzunehmen. Und wieder hat sich der westdeutsche Außenminister, Herr von Brentano, gegen eine solche Teilnahme ausgesprochen. Wenn man solche Stellungnahmen hört, dann muß man sich wirklich fragen, ob man etwa in Bonn vergessen hat, daß es Deutschland war, das den zweiten Weltkrieg ‚total verloren‘ hat . . . Es handelt sich aber jetzt darum, diesen Krieg auch formell zu Ende zu bringen und die Verhältnisse in Europa so zu ordnen, daß die Völker dieses Kontinents nicht wieder vor der gleichen Gefahr Angst haben müssen. Und das ist unser aller Anliegen — daran müssen wir also ehrlich und aufrichtig mitarbeiten.“

Keine Wiedervereinigung ohne „Auseinanderrücken“!

„Warum eigentlich Wiedervereinigung?“ fragt der bekannte Publizist *Gösta von Uexküll* in einem ungewöhnlich interessanten Aufsatz in der Schweizer Zeitung *Die Tat* (14. 6. 1959). Mit den landläufigen Argumenten für die Wiedervereinigung setzt sich Uexküll sehr kritisch auseinander, um dann im zweiten Teil seiner Darstellung sehr eindringlich zu zeigen, unter welchen Voraussetzungen allein die Wiedervereinigung möglich sei. Selten ist so scharfsinnig die Wechselwirkung zwischen Wiedervereinigung und „Auseinanderrücken der Blöcke“ dargestellt worden:

„Bleiben die Truppen der beiden großen Militärblöcke auf deutschem Boden, wird es nie zu einem Auseinanderrücken dieser Blöcke kommen. Dazu aber muß es kommen. Das Auseinanderrücken der Blöcke ist die Voraussetzung für die Wiederherstellung normaler Verhältnisse in Europa und in der Welt, und die Wiedervereinigung ist die Voraussetzung für das Auseinanderrücken. Für die Menschen in Osteuropa gibt es keine Hoffnung, so lange es keinen Raum gibt, in den ihre jetzigen ‚Protektoren‘ sie ohne Gefährdung der eigenen Sicherheit entlassen können. Wäre die Bundesrepublik den Weg Österreichs gegangen, oder, noch weit besser, hätte sie zusammen mit Österreich, Schweden und wer sonst noch mitmachen will, ein System der kollektiven Neutralität gebildet, dadurch auch die Furcht vor neuen deutschen Eroberungsgelüsten neutralisierend, dann hätten die Völker Osteuropas im Jahre 1956 ihre große Chance gehabt. Die ungarische Tragödie hätte nicht stattzufinden brauchen. Die Verantwortung, die unsere kalten Krieger auf sich genommen haben, ist also nicht gering.

Statt bei dem Wort ‚Auseinanderrücken‘ oder ‚Neutralität‘ vor Zorn zu beben oder wie Espenlaub zu zittern, hätten sie erkennen müs-

sen, daß man die Deutschen sogar dann wieder vereinigen müßte, wenn sie gar nicht wollen und wenn sie mit strahlenden Augen einem Staatsmann folgen, der den Ehrgeiz zu haben scheint, als Bismarck mit umgekehrten Vorzeichen in die Geschichte einzugehen, als Reichsliquidator und als Kanzler der Wiederverkleinerung.

Deutschland ist der Knochen, in den die Weltmächte sich verbissen haben. Sie müssen ihn loslassen und voneinander getrennt werden, oder sie werden sich eines Tages doch an die Kehle fahren.“

Afrikas Schicksalsjahr: 1960

Der Name des englischen Labour-Abgeordneten *Fenner Brockway* taucht nicht mehr allzu häufig in der außer-englischen Presse auf. Aber jedesmal, wenn wir einer Stellungnahme oder Veröffentlichung dieses Politikers begegnen, der lange Jahre der beste Kopf der Independent Labour Party (ILP) war, stellen wir fest, daß sein Kampf den Rechten der unterdrückten Völker gilt. So wie er vor mehr als dreißig Jahren als einer der ersten englischen Politiker für das Recht des indischen Volkes auf Freiheit und Unabhängigkeit eintrat, so erhebt er heute seine Stimme für die um Freiheit ringenden Völker Afrikas. In der Zeitschrift *Internationale Politik* (Heft 219) lasen wir von Fenner Brockway eine wichtige Arbeit unter dem Titel „*Dynamische Entwicklung im Schwarzen Afrika*“, die mit folgenden Sätzen beginnt:

„Das Jahr 1960 wird für den afrikanischen Kontinent von entscheidender Bedeutung sein. In diesem Jahr werden mehr Völker und Länder ihre Unabhängigkeit erhalten als in irgendeinem Jahr vorher. Auf der Liste stehen Nigeria, Somaliland, Kamerun und Togo. Nigeria ist die größte britische Kolonie. Wenn einmal seine 35 Millionen Einwohner die Freiheit erhalten, wird die Hälfte der keine Selbstverwaltung genießenden Bevölkerung des britischen Imperiums frei sein. Somaliland, Kamerun und Togo sind Territorien unter der Treuhandschaftsverwaltung der Vereinten Nationen; die Vereinten Nationen haben beschlossen, diese Länder im Laufe des kommenden Jahres unabhängig werden zu lassen.“

Diese Schritte zur Unabhängigkeit werden rasch weitere zur Folge haben. Dazu sagt Fenner Brockway: „Das unter italienischer Verwaltung stehende Somaliland grenzt an Französisch- und Britisch-Somaliland. Sobald Italienisch-Somaliland frei wird, werden auch die Völker der übrigen beiden Somaliländer die Vereinigung zu einem Groß-Somaliland fordern. Togo und Kamerun sind heute ebenfalls geteilt. Der britische Teil von Togo hat auf Grund einer Volksabstimmung beschlossen, sich an Ghana anzuschließen. Der britische Teil von

Kamerun wird sich innerhalb kurzer Zeit darüber äußern, ob er mit Nigeria zusammenbleiben oder sich an Französisch-Kamerun anschließen wird. Wie immer diese Entscheidung ausfallen mag — diese Länder werden im Laufe des nächsten Jahres unabhängig werden.“

Aber das ist noch nicht alles: „Die Bedeutung des Jahres 1960 für Afrika geht viel weiter. Die kritischste Entscheidung, die gefaßt werden muß, betrifft Ost- und Zentralafrika, denn hier wird über die Zukunft der Rassenbeziehungen auf diesem Kontinent entschieden werden. Sobald einmal die Afrikaner von Kenia, Njassaland und den beiden Rhodesien demokratische Gleichheit erringen, wird die europäische politische Oberherrschaft in Afrika zum Untergang verurteilt sein. Auch Südafrika wird, isoliert und unter dem Druck der Ereignisse auf dem übrigen Teil des Kontinents, das *Apartheid* nicht länger aufrechterhalten können.“

Fenner Brockway schildert dann im einzelnen die Kämpfe und Auseinandersetzungen, die sich in den letzten zehn Jahren in Ost- und Zentralafrika abgespielt haben. In bezug auf Kenia konstatiert er eine versöhnlichere Haltung der britischen Regierung und sagt: „Die Aussichten sind günstig. Die Atmosphäre unter den Rassen hat sich gebessert. Aber die wichtigsten Entscheidungen müssen erst noch fallen.“ Des weiteren schildert er eingehend die Vorbereitungen in Rhodesien und Njassaland und hält mit seiner Kritik an der Politik der europäischen Führer in diesen Gebieten nicht zurück. Abschließend schreibt er dann:

„Als bedeutendste Tatsache in Afrika ist das Anwachsen des Solidaritätsgefühls unter den Völkern des ganzen Kontinents zu werten. Ereignisse, welche Krisen hervorrufen, können im Jahre 1960 den übrigen Teil Afrikas nicht unberührt lassen. Wir waren bereits Zeugen des Aufruhrs in Belgisch-Kongo, der die belgische Regierung zu Zugeständnissen zwang. Frankreich ist in der Einräumung von Rechten in der inneren Selbstverwaltung an die Völker West- und Äquatorialafrikas — einem Drittel des Kontinents — sehr weit gegangen. Die Völker werden aber durch ihre Bestrebungen die ihnen von den europäischen Regierungen eingeräumten Zugeständnisse sehr bald überholen. Diese afrikanische Revolution stellt die größte dynamische Veränderung unserer Zeit dar. Es ist die Pflicht der Sozialisten Europas und der ganzen Welt, diese Revolution aufzugreifen und sie mit allen verfügbaren politischen Mitteln zu unterstützen.“

Ergänzend sei darauf hingewiesen, daß die von der AFL-CIO in deutscher Sprache herausgegebenen *Freigewerkschaftlichen Nachrichten* in Nr. 5 mehrere wichtige Beiträge zum Kampf Afrikas gegen den Kolonialismus enthalten.

Hinweise

Ein stattliches Sonderheft von rund 130 Seiten Umfang hat die Zeitschrift *Osteuropa* (Heft 5/6) dem XXI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gewidmet. Eine lange Reihe von guten Kennern der russischen Verhältnisse, wie *Klaus Mehnert*, *Boris Meißner*, *Erik Boettcher* u. v. a., analysieren Probleme wie Partei und Staat, Wandel in der sozialen Struktur der Partei, Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik der SU, das Verhältnis zu Jugoslawien, Wirtschaftswachstum durch Rationalisierung usw.

Im Maiheft der vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv herausgegebenen Monatschrift *Wirtschaftsdienst* verdienen zwei Abhandlungen zu Europaproblemen Beachtung: *Willi Birkelbach* schreibt über „Das Arbeitsrechtsverhältnis im werdenden Europa“ und *Dr. Gerhard Schnorr* über „Lohnleichheit als Harmonisierungsprinzip in der europäischen Wirtschaft“.

Im Juniheft der katholischen Zeitschrift *Hochland* setzt sich *Martin Kriele* sehr scharf mit den umstrittenen Auffassungen von *Pater Gundlach* über die angeblich von Pius XII. als sittlich zulässig bezeichnete Verwendung von Atomwaffen auseinander. Wir zitieren einige Sätze: „Gundlachs Auffassung, daß es auf den Weltuntergang notfalls nicht ankomme, steht in direktem Widerspruch zur Lehre Pius' XII... . Angesichts der von Pius XII. betonten Grundsätze des Völkerrechts . . . ist es alarmierend, wenn gesagt und geglaubt wird, Pius XII. habe die Anwendung der Atomwaffen ausdrücklich für zulässig erklärt. Es geht nicht an, nach dem Tode dieses Papstes seine Autorität für die eigene, höchst anfechtbare Meinung in Anspruch zu nehmen. Auch der verheerenden Nebenwirkungen dieses seines Tuns scheint sich Gundlach nicht bewußt gewesen zu sein. Seine Ansicht läßt sich dahin zusammenfassen, daß der Zweck jedes Mittel heiligt, und zwar selbst dann, wenn die verteidigten Güter mit zugrunde gehen. Dieser Grundsatz würde erstens den Gegnern der Kirche berechnete Argumente liefern, wenn er nicht den von der Kirche und von Pius XII. stets betonten Moralprinzipien geradezu widerspräche. Er erhöht zweitens die Gefahr der geistigen Selbsterstörung der Menschheit. Drittens sind seine demoralisierenden Auswirkungen noch gar nicht abzusehen; bedeutet er doch in allem Ernst nicht weniger als die Destruktion des intellektuellen Gewissens.“

Mit ähnlicher Schärfe setzt sich *Helmut Gollwitzer* mit dem bekannten Buch von *Karl Jaspers* über die Atombombe und mit der nach seiner Ansicht völlig sinnwidrigen Verleihung des Friedenspreises der deutschen Buchhändler an Jaspers auseinander; dieser sehr lesenswerte Aufsatz ist in der ersten Mainnummer von *Die Kultur* und in Heft 6 der protestantischen Monatshefte *Junge Kirche* veröffentlicht.

Zum gleichen Thema: „Der Philosoph und die Bombe“ von *Christoph Meyer* in der Vierteljahrsschrift *Eckart* (2); ferner zur Würzburger Tagung der Katholischen Akademie in Bayern *Peter Nellen* unter dem Titel „Gerechter atomarer Krieg?“ (*Frankfurter Hefte* April).

Die unter dem Titel *Freiburger Rundbrief* von Dr. Gertrud Luckner, Prof. Dr. Karl Thieme u. a. herausgegebenen „Beiträge zur Förderung der Freundschaft zwischen dem Alten und dem Neuen Gottesvolk im Geiste beider Testamente“ legen als Nr. 41/44 ein umfangreiches Heft mit zahlreichen Dokumenten und Aufsätzen zum Thema des Antisemitismus vor.

Soziale Ordnung (Christlich-demokratische Blätter der Arbeit) enthält in Nr. 5 mehrere lesenswerte Beiträge zur Frage des Miteigentums und der Eigentumsstreuung. — Die von der Hans-Böckler-Gesellschaft im 5. Jahrgang herausgegebene Monatsschrift *Das Mitbestimmungsgespräch* ist wesentlich ausgebaut worden und brachte in den letzten Monaten wichtige Abhandlungen zu Fragen der Wirtschaftsdemokratie, der Mitbestimmung, der Konzentration in der heutigen Wirtschaft usw.

Die in Berlin als Organ der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft erscheinende Vierteljahrsschrift *Die öffentliche Wirtschaft* hat Heft 1 ihres VIII. Jahrgangs den Wirtschaftsproblemen West-Berlins gewidmet. Das im gegenwärtigen Zeitpunkt besonders interessante Heft enthält eine lange Reihe gut dokumentierter Aufsätze aus der Feder führender Berliner Wirtschaftsfachleute. So schreibt *Paul Hertz* über die Wechselbeziehungen zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft, *Otto Theuner* über die öffentliche Wirtschaft in der geteilten Stadt, *Werner Heinecke* über den Entwurf eines Berliner Eigenbetriebsgesetzes, *Horst Sachse* über Verkehrsprobleme einer gespaltenen Stadt, *Rolf Körnig* über Stromversorgung unter der Bürde der Teilung usw. Viele Tabellen und Schaubilder verdeutlichen die Aufsätze. In einem Geleitwort legt *Willy Brandt* ein Bekenntnis zur öffentlichen Wirtschaft ab, aus dem folgende Sätze zitiert seien: „Im Aufbau und in der Neugestaltung Berlins nach 1945 spielt die öffentliche Wirtschaft eine bedeutende, wenn nicht ausschlaggebende Rolle. Die Berliner Wirtschaft, die ihren alten Leistungsstand der Vorkriegszeit erreicht und überschritten hat, ist ohne eine ausgebaute Versorgungswirtschaft der öffentlichen Hand nicht denkbar. Wie stark das gesamte Leben Berlins von der Versorgungswirtschaft abhängt, das hat die Blockadezeit erwiesen. Ohne den systematischen Ausbau der öffentlichen Wirtschaft wäre es nicht möglich gewesen, die Berliner Produktion der privaten Wirtschaft in Umfang, Qualität und Preisgestaltung wieder zur vollen Wettbewerbsfähigkeit zu bringen. Berlins öffentliche Wirtschaft ist unerläßliche Voraussetzung für weiter steigende Leistungen in der Zukunft.“

Die im 5. Jahrgang in Wiesbaden erscheinende *Zeitschrift für Sozialreform* hat ihr Maiheft dem bekannten englischen Sozialpolitiker *Lord Beveridge* gewidmet, der kürzlich seinen 80. Geburtstag feierte. Das Heft veröffentlicht erstmals in deutscher Sprache eine fast hundert Seiten umfassende Arbeit von Lord Beveridge unter dem Titel „Freies Helfen — Nöte, die auch der Sozialstaat noch kennt“.

Die in Hamburg erscheinende Wochenschrift *Neue Politik*, deren Herausgeber *Wolf Schenke* wiederholt längere Zeit in China war, hat Anfang Juni als Nr. 23 ein *China-Sonderheft* herausgebracht, das eine Reihe lesenswerter Untersuchungen über die wirtschaftliche Entwicklung Chinas enthält, so über den Wirtschaftsplan für

1959, über den Staatshaushalt, über neue Methoden der Eisengewinnung, über die Volkskommunen, über den Aufbau der chemischen Industrie, die wachsende Elektrizitätserzeugung, den Aufschwung der Erdölindustrie und die chinesische Außenhandelspolitik. Die Zeitschrift will mit dieser Veröffentlichung von Arbeiten bekannter Chinakenner dazu beitragen, die chinesische Wirklichkeit „ohne jede Gefühlsbeimischung oder ideologische Wunschbrille“ zu zeigen, denn „die wirtschaftliche und technische Revolution, die dieses Land in kürzester Zeit aus dem Mittelalter unmittelbar in die Neuzeit versetzt, schafft die Grundlage für die Weltmachtstellung des heutigen und morgigen China, mit dem wir und unsere Kinder es zu tun haben“.

W.F.

BUCHBESPRECHUNGEN

WERNER BLUMENBERG

KÄMPFER FÜR DIE FREIHEIT

Verlag Nach J. H. W. Dietz GmbH, Berlin und Hannover. 183 S. mit 30 Abbildungen und elf Handschriftwiedergabe. Ln. 14,80 DM.

Unter der großen Zahl von Kämpfern für die Freiheit und den Aufstieg der Arbeiterschaft hat Blumenberg 22 ausgewählt, um ihren Lebensweg der Gegenwart nahezubringen. So begegnen wir dem Führer des altpreussischen Liberalismus, Johann Jacoby, der dann später der damals noch jungen Sozialdemokratie beitrug, den großen sozialistischen Theoretikern und Politikern des vorigen und des jetzigen Jahrhunderts, den Trägern des Widerstandsgeistes bis zu Kurt Schumacher und Ernst Reuter. Außer dem Vorläufer der modernen Gewerkschaftsbewegung, Stephan Born, dessen Name heute vielen nicht einmal eine b'asse Vorstellung ist, finden wir von Gewerkschaftern die Lebensbilder Carl Legiens und Hans Böcklers.

Alle diese Porträts sind aus ihrer Zeit heraus erklärt. So wurde das Ganze zu einer Art Mosaik und Geschichte deutschen Strebens nach Freiheit und sozialem Fortschritt, geformt aus den Bildern großer kämpferischer Persönlichkeiten, die diesem Kampf Ziel und Richtung gaben, sich für die großen Ideen des Sozialismus opferten. Das Buch ist sehr geeignet, dem Drang der Jugend nach geschichtlicher Erkenntnis der politischen und sozialen Zusammenhänge zu dienen, ist aber auch für die Älteren anregend. Bringt es doch, im ganzen gesehen, einen wesentlichen Beitrag zu dem Wissen um den Wert der Persönlichkeit in dem Ringen um eine bessere Gestaltung von Staat und Gesellschaft.

Artur Saturnus

MARGARETE BUBER-NEUMANN

ALS GEFANGENE BEI STALIN UND HITLER

Eine Welt im Dunkel. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1958, 472 S., Ln. 16,80 DM.

Die erste Auflage des Buches vom Jahre 1948 ist leider ohne nachhaltige Wirkung geblieben, so neu und wichtig und so gut geschrieben es auch war. Um so verdienstlicher ist es, wenn die Deutsche Verlags-Anstalt nun eine neue Auflage bringt, die übrigens um ein längeres Kapitel vermehrt ist, in dem die Erlebnisse nach der Befreiung aus dem KZ Ravensbrück beschrieben sind. Die Bedeutung des Buches liegt aber nach wie vor in der lebendigen, warmherzigen, menschlich-einfachen Erzählung der Erlebnisse in sowjetrussischer und in deutscher Haft und in dem Vergleich der beiden totalitären Systeme, gesehen aus der Perspektive einer gescheiterten, erlebnis- und leidensfähigen Frau.

Frau Buber-Neumann war die Lebensgefährtin des kommunistischen Führers *Heinz Neumann*, der vor 1933 in der KPD eine große Rolle gespielt hat, einst ein Liebling Stalins. Er kam mit Frau Buber-Neumann 1935 als Emigrant in die Sowjetunion. Beide gerieten in die Mühle der „Tschistka“, jener „Reinigung“, die in Wirklichkeit die größte Beschmutzung dieses Staatswesens war. Heinz Neumann ist darin umgekommen. Frau Buber-Neumann ist unter irgendwelchen fiktiven, von niemandem ernst genommenen, formelhaften Beschuldigungen und Verurteilungen durch Gefängnisse und Lager geschleppt worden. Bis sie im Jahre 1940, in der famosen Zeit des Stalin-Hitler-Pakts, auf Grund irgendeines besonderen Paktes zwischen den Staatspolizeien der beiden Länder, mit vielen anderen deutschen Häftlingen in Brest-

Litowsk der Gestapo übergeben wurde. Soviel ich weiß, sind amtliche Dokumente über diese Vorgänge noch nicht bekannt, auch nicht, worin die deutsche Gegenleistung bestand. Um so wichtiger ist es, von den passiv Beteiligten über den Hergang selbst etwas zu erfahren. Frau Buber-Neumann landete dann im Frauenlager Ravensbrück, wo sie bis zum Zusammenbruch blieb.

Aus den sowjetrussischen und aus den deutschen Lagern und Gefängnissen erzählt sie, was sie erlebt und gesehen hat, sie berichtet von den Aufseherinnen, von den Gefangenen, von den Einrichtungen, von ihren Erlebnissen, Stimmungen, Freundschaften und Feindschaften; zuerst im russischen und dann im deutschen KZ-Milieu. Der Leser erlebt's mit, wie es ein Leser nur miterleben kann, und der Vergleich der beiden Systeme entfaltet sich vor ihm fast als eigenes Erlebnis. Er sieht sie ganz nahe beieinander. Er sieht auch die Unterschiede deutlich. Er sieht, wie der russische Zwangsapparat bestimmt ist von dem Zweck der Machterhaltung, dessen Mittel die Erregung allgemeiner Angst vor dem Staate ist, und von dem Zweck der Beschaffung billiger Arbeitskräfte. Er sieht, wie dagegen das deutsche System von einem scheinbar zwecklosen, irrationalen Drang und Zwang zur Ordnung, Unterdrückung und Uniformierung ausgeht, um während des Kriegs und besonders gegen Kriegsende zu einer schauerhaften Orgie des Sadismus auszuarten. Ein solches Vergleichschema wird aber der Fülle von Tatsachen und Beobachtungen, die das Buch enthält, bei weitem nicht gerecht. Aus dieser Fülle sei nur eines Sachverhalts besonders gedacht, der allein dem Buch dokumentarischen Wert gibt. Frau Buber war etwa zwei Jahre lang in Ravensbrück Blockälteste im Block der Ernsten Bibelforscherinnen, der Zeuginnen Jehovas. Frau Bubers Schilderung dieser Zeit ist ein unschätzbares Denkmal für diese eigenartigste Gruppe, die in den deutschen Konzentrationslagern mit dem Leben und mit dem Tode fertig zu werden suchten.

Dr. Richard

Schmid

H. G. ADLER

DIE VERHEIMLICHTE WAHRHEIT

Theresienstädter Dokumente. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1958, 372 S., Ln. 38,— DM.

Nach dem umfassenden Dokumentarband „Theresienstadt 1941—1945“ (vgl. GM 1958, S. 352—364), legt uns H. G. Adler einen Ergänzungsband vor, der zunächst überrascht. Der Band enthält Briefe, Bilder, Wiedergaben von Berichten, Plakate oder Berechtigungsscheine; der Verfasser selbst beschränkt sich auf eine knappe Kommentierung. Bei flüchtiger Betrachtung gewinnt man den Eindruck einer gewissenhaften Fleißleistung; ein schwer zugängliches Material ist gesammelt und geordnet worden. Man glaubt eine Art Zugabe zum Theresienstadt-Buch in der Hand zu haben. Je

mehr sich aber der innere Zusammenhang des Bandes enthüllt, die Welt, in der sich Zerfall und Vernichtung nur mühsam hinter dem Schein des Lebens verbergen, um so gewisser wird es dem Leser, daß hier zum zweiten Male durch den Verfasser ein *document humaine ersten Ranges* geschaffen worden ist. Die Wirklichkeit selbst ist auf eine sonderbare Weise eingefangen, sie löst sich aus dürrer Meldung, der oft ungefügen, beklemmenden Zeichnung, der bürokratischen Logik eines Vernichtungsberichtes — sie kommt auf uns zu, saugt sich fest, sie wird zum Abbild der Bedrohung überhaupt. Diese Wirkung wird ohne jede besondere Anstrengung, ohne das schwere oder pathetische Wort erzeugt, in der Technik der Anordnung und der Spröde des Kommentars ist die Leistung eines bedeutenden Schriftstellers erkennbar.

Theresienstadt ist die Fiktion jüdischen Lebens in den Jahren der Unterweltherrschaft, der Vorhang vor einer Bühne, auf der nur gestorben wird. Für die Verbrecher ist es eine Visitenkarte, eine politische Berechnung; wir erleben ihr patriarchalisches Auftreten, während sie schon an die Ziffern der Krematorien denken, wie sie sich um die Beute streiten, wie sie schließlich feige davon schleichen. Ungeheuerlich und unvergeßlich, wie sich das Leben der Betroffenen vollzieht, wie einige selbst der Fiktion verfallen, wie sich die Grenzen des Seins berühren an dieser Durchgangsstation vor dem endgültigen Dementi; es gibt Augenblicke, in denen diese Vergangenheit zur Vision einer Zukunft wird, an der Gurgel würgt, den fiktiven Charakter unserer Existenz enthüllt, während der Spruch schon gefällt ist.

Unvergeßlich auch einige Bilder, so die Photographie eines jungen Mädchens, Nummer 671, das Schild über der Brust. Die Züge sprechen von Ironie und Verachtung, Ironie auch noch in der bitteren Stunde; das Wachsein unzähliger Geschlechter lebt mit diesem Gesicht. Überschrift: „Zum Abtransport bereit“.

Adler wünscht nur, daß seine Arbeit gesegnet sei. Segen bedeutet, daß wir durch sie einen Schritt an unser Menschentum zurückgeführt werden. Mit der Dankbarkeit für den Band mag sich die Hoffnung auf das Wirken des Geistes verbinden.

Dr. Heinz-Joachim Heydorn

HEINRICH VOGEL

DER PREDIGER VON BUCHENWALD

Das Martyrium Paul Schneiders
Lettner-Verlag, Berlin. 3. Aufl. 1958. 239 S., Ln. 9,20
D-Mark, Taschenausgabe 4,80 DM.

Der Appellplatz des Konzentrationslagers *Buchenwald*, auf dem bis vor vierzehn Jahren allmorgendlich 20 000 Häftlinge unter den Schlägen der Wachmannschaften zur Zählung antreten mußten, liegt heute öde und verlassen da. Die langen Reihen der Häftlingsbarak-

ken sind niedergerissen. Links neben dem schmiedeeisernen Tor mit der eingearbeiteten Inschrift „Jedem das Seine“ fällt der Blick durch den erhaltenen Stacheldrahtverhau auf den Bärenzwinger, den sich die Frau des Lagerkommandanten, *Ilse Koch*, zu ihrem Amusement anlegen ließ. Und rechts neben dem Tor erstreckt sich der flache Arrestbau, in dessen Zellen zahllose Häftlinge den brutalen Folterungen des SS-Mannes *Sommer* ausgesetzt waren. Aus einem seiner Fenster rief *Paul Schneider*, evangelischer Pfarrer aus dem Hunsrück, an einem Januarmorgen des Jahres 1939 nach der nächtlichen Ermordung zweier Häftlinge im Zellenbau beim Zählappell mit seiner kräftigen Stimme auf den Platz hinaus: „Im Namen Jesu Christi bezeuge ich den Mord an den Häftlingen . . .“. Weiter kam er nicht. Die Schläge Sommers streckten ihn nieder. Tagelang mußte er gebückt mit hoch auf dem Rücken gefesselten Händen in seiner abgedunkelten Zelle stehen, während in seiner Nebenzelle Dutzende von Mithäftlingen auf dem Prügelbock gefoltert und im Gang einem mit einem Schlag einer Gittertür von Sommer das Genick gebrochen wurde. Mit lauter, weithin vernehmbarer Stimme betete Schneider für sie alle, ungeachtet der Schläge, die ihm jedes Wort einbrachte. So erzählt es der ehemalige Häftling, der den Besucher heute durch die Rests des Lagers führt; so erzählt es das Buch über den Leidensweg Schneiders, das *Heinrich Vogel* und Frau *Margarete Schneider* nun in dritter Auflage vorlegen.

Wer die Verbrennungsöfen, den Leichenkeller und die Genickschußanlage von Buchenwald gesehen hat, — wer durch den Gang des Arrestbaus gegangen ist und erfahren hat, daß die Häftlinge hier an den gefesselten Händen tagelang am Fenster aufgehängt oder an die vollaufgedrehten Heizkörper gefesselt wurden, bis sie verdursteten, — wer vor der Zelle Paul Schneiders gestanden hat, in der er schon 1939 an den Folgen der erlittenen Mißhandlungen und einer Oberdosis Strophantin starb (Sommer: „abgespritzt wurde“), — der kann diese Zeugnisse eines im christlichen Glauben ertragenen Martyriums nur noch lesen. Er kann nichts mehr dazu sagen.

Das Buch zitiert den Brief eines kommunistischen Mithäftlings Schneiders (geschrieben nach der Befreiung des Lagers), in dem es heißt: „Wir brauchten keinen Sozialismus und keinen Kommunismus, wenn wir mehr Leute von der Art Paul Schneiders hätten“. Haben wir sie heute? Haben wir — besser: *sind* wir Menschen, die bereit wären, in einer nahenden Katastrophe „NEIN“ zu sagen? Sind wir bereit, den Anruf Christi zu hören: „Wer mir will nachfolgen, der verleugne sich selbst und nehme sein Kreuz auf sich“? Paul Schneider ist diesen Weg gegangen, und alle Reflexion über die Wirklichkeit des Wortes Gottes in die-

ser Welt verstummt, wenn man seinen Weg an sich vorbeiziehen läßt in den zahlreichen Briefen und Berichten, die hier zusammengetragen sind.

Keine 15 km von Buchenwald entfernt, am südlichen Fuß der Anhöhe, auf deren Nordhang das Lager steht, liegt *Weimar*. Diese Entfernung ist ein historisches Symbol geworden. Haben wir es verstanden? In dem Buch „Das war Buchenwald“ schließt *Hasso Grabner* (Leipzig) sein „In memoriam Pfarrer Schneider“ mit den Worten: „So darf ich auch heute als Kommunist deine Geschichte all denen erzählen, die Ohren haben zu hören, und ich weiß mich eins mit dir, wenn ich sage: Dein Tod legt unsere Hände ineinander.“

Dr. Joachim Matthes

RUDOLF HÖSS'

KOMMANDANT IN AUSCHWITZ

Autobiographische Aufzeichnungen — Eingeleitet und kommentiert von Martin Broszat im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1958. 154 S., Ln. 15,80 DM.

Von dem früheren französischen Präsidenten *Vincent Auriol* stammt das kluge Wort, er wäre schon bereit, die Untaten des tausendjährigen Reiches zu vergessen, wenn er nur dessen gewiß sein könnte, daß sie die Deutschen nicht vergessen. Eine kräftige Pille gegen die in deutschen Landen so beliebte Vergeßlichkeit ist die vorliegende Publikation, die wir dem Institut für Zeitgeschichte danken, das mit der wissenschaftlichen Gründlichkeit, mit der es da vorging, auf der Höhe seiner so unendlich wichtigen Aufgabe steht. Die erstaunliche Mitteilung, die der für eine unendliche Zahl von Morden verantwortliche ehemalige Kommandant von Auschwitz im Angesicht des Galgens bekundete, war ein merkwürdiges Phänomen, das Psychologen ausgiebig beschäftigen kann.

So unsympathisch und widerwärtig (vom Inhalt abgesehen) in Stil und Tonfall die literarischen Produkte des SS-Satrapen *Höss* sind, haben sie doch dazu beigetragen, viele Mysterien darüber zu erhellen, wie man es überhaupt technisch zuwege gebracht hat, Millionen Menschen zu vergasen. Ohne die minutiösen Beschreibungen des Vorgangs, die Höss hinterließ, hätte man nicht genau gewußt, wie es eigentlich zugegangen ist. Aber das ist nicht die Moral dieses Buches, durch die die Veröffentlichung gerechtfertigt wird. Dieser Höss war ein Mensch wie ungezählte andere, vielleicht mit Ausnahme dessen, daß er wegen eines Fememordes eine Zuchthausstrafe abzubüßen hatte, bevor er seine SS-Karriere begann. Er war weder ein Lustmörder noch auch persönlich ein Sadist — das, was er darüber in seinen Aufzeichnungen sagt, daß er nämlich zu seinen Opfern auch freundlich sein konnte, wird von unabhängigen

Beobachtern bestätigt —, er war Gatte und Familienvater, und er ist eigentlich nur durch Zufall zu dem Mordhandwerk gekommen und nicht Inhaber eines Bauernguts geworden, was ihm eigentlich vorgeschwebt hatte.

Das ist das Beklemmende, Bedrückende an diesem Buch und nicht die törichte Art, mit der er seine Tätigkeit als bloße Pflichterfüllung zu bemänteln sucht („Wohl war dieser Befehl — zur Massenvernichtung — etwas Ungewöhnliches, etwas Ungeheuerliches. Doch die Begründung ließ mich diesen Vernichtungsvorgang richtig erscheinen. Ich stellte damals keine Überlegungen an — ich hatte den Befehl bekommen — und ich hatte ihn durchzuführen. Ob diese Massenvernichtung der Juden notwendig war oder nicht, darüber konnte ich mir kein Urteil erlauben . . .“). So wie andere Menschen ihnen übertragene Aufgaben, etwa Bücher zu führen, in ihren Amts- oder Arbeitsstunden erledigen, so organisierte Höss, bevor er in den trauten Familienkreis zurückkehrte, die Abschachtung von Tausenden, wobei sein Pflichtgefühl ihn auch noch dazu anhielt, sich die Vergasungen, durch eine Maske geschützt, anzusehen, also in jeder Beziehung „zum Rechten „zu sehen. Ein kalter Schauer läuft einem über den Rücken angesichts dieser

Mischung von Grauen und Nonchalance. Die menschlichen Regungen, die Höss zeigte und von denen er im gleichen Atemzug gesteht, daß sie ihm wie Verrat am Führer vorgekommen seien, sind mindestens so abstoßend wie das kalte Aufzählen von pflichtgemäß verübten Grausamkeiten. Die Vorgänge, sagt Höss, ohne sich offenbar der makabren Ironie seiner Worte bewußt zu sein, hätten ihm „genug zu denken gegeben, haben tiefe Eindrücke hinterlassen“. Er verfehlt auch nicht, sich zu bedauern, weil er „kalt zusehen mußte, wie die Mütter mit den lachenden oder weinenden Kindern in die Gaskammern gingen“.

Martin Broszat, der das Buch mit sehr sachkundigen Anmerkungen kommentiert hat, hat recht, wenn er seine ausgezeichnete Einleitung mit den Worten abschließt, im Lebensgang dieses Mannes werde „die ganze spukhafte und doch grausam wirkliche Abgründigkeit der zwölf Jahre Nationalsozialismus in erregender Weise präsent“. Der Fall Höss sei „kein psychologischer Sonderfall, sondern bei all seiner individuellen Zuspitzung Ausdruck sehr viel weiter reichender Verfehlung, Blindheit und Sinnverkehrung während der Hitlerzeit“.

Dr. J. W. Brügel

MITTEILUNGEN Für die Rubrik *Europa-Wirtschaft* zeichnet künftig (da Dr.

Schröder-Brzosniowsky, dem wir für seine mehrjährige wertvolle Mitarbeit aufrichtig danken, wegen Arbeitsüberlastung diese Aufgabe nicht weiterführen kann) Dr. *Wolf Donner*.

Dr. Donner, der unseren Lesern bereits aus zahlreichen Beiträgen bekannt ist, befaßt sich als freier Wissenschaftler vor allem mit Europa- und Entwicklungsländerfragen.

Daneben werden wir auch die Tätigkeit der internationalen Organisationen der Vereinten Nationen häufiger vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus darstellen und durchleuchten lassen.

Hellmut Kalbitzer, 1913 in Hamburg geboren, war im Dritten Reich jahrelang in Gestapo- und Gefängnishaft wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“. 1945 beteiligte er sich am Wiederaufbau der Gewerkschaften und der SPD in Hamburg; er ist Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, seit 1949 des Deutschen Bundestags und seit 1953 des Europarates.

Peter Petersen, Bauer und Landwirtschaftsrat z. Wv., ist Verfasser verschiedener agrarsozialpolitischer Schriften. Auf seinem mittelbäuerlichen Hof in Ahrenholz, Kreis Schleswig, hat er nach eigenen Ideen das sogenannte Anbauernsystem durchgeführt, ein neuartiges Siedlungsverfahren zur Festigung des Landarbeitertums auf der Grundlage von Landarbeiterbodeneigentum, Acker- und berufsständischer Gleichberechtigung.

Werner Plum ist kürzlich von einem neuerlichen Studienaufenthalt in Tunesien zurückgekehrt.

Georg Scheuer, gebürtiger Wiener, lebt seit 1938 in Paris. Er studierte Soziologie und Psychologie an der Sorbonne. Er ist Mitarbeiter des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte (Amsterdam), Pariser Korrespondent des SPD-Pressedienstes und des „Vorwärts“, Mitarbeiter deutscher und österreichischer Gewerkschaftszeitungen und Autor eines Buches über die soziale Struktur der Russischen Revolution („Von Lenin bis ... Die Geschichte einer Konterrevolution“, Verlag Nach J. W. W. Dietz, Hannover 1957).

Dr. *Friedrich Schubert* ist seit Jahren auf die (leider immer noch sehr aktuellen!) Fragen der Wiedergutmachung spezialisiert.